

Parlamentssitzung vom 12. März 2007

Erfüllung und Abschreibung 0424

Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot

Text der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein allgemeines Alkohol- und Tabak-Plakatwerbeverbot

1. auf öffentlichem Grund sowie
 2. auf Privatgrund, der von öffentlichem Grund her einsehbar ist,
- zu erlassen.

Begründung

Die Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum verursachen gemäss Bundesamt für Gesundheit jährlich Kosten in Milliardenhöhe. Die Werbebotschaften versprechen Erfolg, Freiheit und Abenteuer. Besonders bei jungen Menschen zeigen diese Botschaften Wirkung. Die Zahl alkohol- und tabakkonsumierender Jugendlicher hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Werbeeinschränkungen würden dazu beitragen, dieser problematischen Situation entgegenzuwirken und Suchtprobleme zu bekämpfen.

Das Rauchen wird aus dem öffentlichen Raum immer mehr verdrängt. Laut wird über Rauchverbote in Restaurants, Bars oder etwa Bahnhöfen nachgedacht. Umso weniger Sinn macht es dementsprechend, Werbung für besagte Produkte in der Öffentlichkeit zuzulassen.

Am 28.3.2002 hat das Bundesgericht in einem Grundsatzentscheid eine Beschwerde gegen das neue Genfer Reklamegesetz vollumfänglich abgewiesen (BGE 128 I 295). Gemäss diesem Bundesgerichtsurteil werden die für eine freie Marktwirtschaft zentralen Grundrechte der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsgarantie durch ein Alkohol- und Tabak-Werbeverbot nicht tangiert. Die Alkohol- und Tabak-Werbung steht auch nicht unter dem Schutz der Presse- und Meinungsäusserungs-Informations-Freiheit. Das Bundesgericht betont, dass zentrale Anliegen wie Gesundheitsförderung, Prävention und echter Jugendschutz ein Werbeverbot rechtfertigen.

Weiter hält das Bundesgericht ausdrücklich fest, dass die Nachbarschaft zum öffentlichen Grund es rechtfertigt, den Anwohnerinnen und Anwohnern besondere Pflichten aufzuerlegen. Die Beschränkung der Eigentumsgarantie durch ein Verbot von Werbung auf von öffentlichem Grund her einsehbarem Privatgrund diene dem Schutz der Volksgesundheit und sei durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt und verhältnismässig.

Eingereicht am 8. November 2004

Mélanie Mader, Beat Deuber, Elisabeth Troxler, Hugo -Staub, Peter Antenen, Christian Vifian, Alfred Arm, Katrin Sedlmayer, Stephanie Staub, Martin Graber, Valentin Lager, Ignaz Caminada, Ursula Wyss, Marco Streiff, Rolf Zwahlen, Hermann Gysel, Rita Haudenschild, Urs Maibach, Daniel Krebs, Claudia Egli (20)

Bericht des Gemeinderates

Die Motion wurde am 8. November 2004 eingereicht und am 2. Mai 2005 erheblich erklärt, mit Erfüllungsfrist bis 2. Mai 2007.

Durch den Konzessionsvertrag mit der beauftragten Plakatierungsfirma ist die Werbung für Alkohol und Tabak auf dem öffentlichen Grund verboten.

Gemäss Art. 15 des Gesetzes über Handel und Gewerbe HGG ist eine solche Werbung auch auf privatem Grund nicht zulässig, wo sie vom öffentlichen Grund aus einsehbar ist.

Damit wird bereits ein grosser Teil der Gemeinde durch das Verbot erfasst.

Das Reklamereglement der Gemeinde Köniz befindet sich in Ausarbeitung. Es ist vorgesehen, im Verlauf des Jahres 2007 die öffentliche Mitwirkung durchzuführen, es im Jahr 2008 aufzulegen und anschliessend dem Stimmvolk vorzulegen.

Die erwähnten Verbote (Alkohol, Tabak und auch die Vermittlung von Kleinkrediten) werden in den Entwurf des Reglementes aufgenommen. Das Reglement bildet nach seiner Rechtskraft einen Bestandteil der baurechtlichen Grundordnung, gilt für das ganze Gemeindegebiet (öffentlicher und privater Grund) und ist grundeigentümerverbindlich.

Aus diesen Gründen kann die Motion abgeschrieben werden.

Antrag:

Die Motion wird als erfüllt abgeschrieben.

Köniz, 7. Februar 2007

Der Gemeinderat

Beilage:

Motionsbeantwortung des Gemeinderates vom 9. März 2005

Parlamentssitzung vom 2. Mai 2005

Beantwortung 0424

Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot

Text der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein allgemeines Alkohol- und Tabak-Plakatwerbeverbot

1. auf öffentlichem Grund sowie
 2. auf Privatgrund, der von öffentlichem Grund her einsehbar ist,
- zu erlassen.

Begründung

Die Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum verursachen gemäss Bundesamt für Gesundheit jährlich Kosten in Milliardenhöhe. Die Werbebotschaften versprechen Erfolg, Freiheit und Abenteuer. Besonders bei jungen Menschen zeigen diese Botschaften Wirkung. Die Zahl alkohol- und tabakkonsumierender Jugendlicher hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Werbeeinschränkungen würden dazu beitragen, dieser problematischen Situation entgegenzuwirken und Suchtprobleme zu bekämpfen.

Das Rauchen wird aus dem öffentlichen Raum immer mehr verdrängt. Laut wird über Rauchverbote in Restaurants, Bars oder etwa Bahnhöfen nachgedacht. Umso weniger Sinn macht es dementsprechend, Werbung für besagte Produkte in der Öffentlichkeit zuzulassen.

Am 28.3.2002 hat das Bundesgericht in einem Grundsatzentscheid eine Beschwerde gegen das neue Genfer Reklamegesetz vollumfänglich abgewiesen (BGE 128 I 295). Gemäss diesem Bundesgerichtsurteil werden die für eine freie Marktwirtschaft zentralen Grundrechte der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsgarantie durch ein Alkohol- und Tabak-Werbeverbot nicht tangiert. Die Alkohol- und Tabak-Werbung steht auch nicht unter dem Schutz der Presse- und Meinungsäusserungs-Informations-Freiheit. Das Bundesgericht betont, dass zentrale Anliegen wie Gesundheitsförderung, Prävention und echter Jugendschutz ein Werbeverbot rechtfertigen.

Weiter hält das Bundesgericht ausdrücklich fest, dass die Nachbarschaft zum öffentlichen Grund es rechtfertigt, den Anwohnerinnen und Anwohnern besondere Pflichten aufzuerlegen. Die Beschränkung der Eigentumsgarantie durch ein Verbot von Werbung auf von öffentlichem Grund her einsehbarem Privatgrund diene dem Schutz der Volksgesundheit und sei durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt und verhältnismässig.

Eingereicht am 8. November 2004

Mélanie Mader, Beat Deuber, Elisabeth Troxler, Hugo -Staub, Peter Antenen, Christian Vifian, Alfred Arm, Katrin Sedlmayer, Stephanie Staub, Martin Graber, Valentin Lager, Ignaz Caminada, Ursula Wyss, Marco Streiff, Rolf Zwahlen, Hermann Gysel, Rita Haudenschild, Urs Maibach, Daniel Krebs, Claudia Egli (20)

Antwort des Gemeinderates

Die Erfüllung der Motion ist von zwei Voraussetzungen abhängig:

1. Inhalt des Konzessionsvertrages mit der künftigen Konzessionsnehmerin (Plakatierung auf dem öffentlichen Grund)
2. Inhalt des zu erlassenden grundeigentümerverbindlichen Plakatierungsreglementes (Plakatierung auf dem öffentlichen und privaten Grund).

Zum Inhalt des Konzessionsvertrages

Bereits der aktuell gekündigte Vertrag mit der APG hat ein Verbot für die Plakatierung von Alkohol- und Tabakwerbung auf öffentlichem Grund enthalten (Art. 4 des Vertrages).

Auch der künftige Konzessionsvertrag wird das Verbot enthalten. Zusätzlich aufgenommen wird dazu das Verbot der Kleinkreditwerbung in Erfüllung der Motion Antenen.

Zum Plakatierungsreglement

Die Arbeiten an dem Plakatierungsreglement konnten noch nicht aufgenommen werden. Die Begründung liegt darin, dass zuerst eine Analyse des vorhandenen Zustandes und ein Gesamtkonzept ausgearbeitet werden müssen. Erst auf Grund dieser Unterlagen kann das Reglement erlassen werden, welches grundeigentümerverbindlich ist. Der Erlass des Reglementes unterliegt der Volksabstimmung. Für diese umfangreiche Arbeit fehlten bisher die Mittel. Der GR bekräftigt aber die feste Absicht, zum gegebenen Zeitpunkt die Arbeiten in Angriff zu nehmen und das grundeigentümerverbindliche Reglement zu erlassen.

Das Verbot von Alkohol-, Tabak und Kleinkreditwerbung wird dann in das Reglement einfließen. Dazu wurde anlässlich der Beantwortung dieser Motion ein Mitbericht der Fachstelle Prävention eingeholt, dieser liegt bei. Er setzt sich mit der Problematik gründlich auseinander und unterstützt den (unbestrittenen) Wunsch nach dem Verbot auf dem privaten Grund bzw. flächendeckend auf dem ganzen Gemeindegebiet.

Antrag:
Annahme als Postulat und Abschreibung.

Köniz, 9. März 2005

Der Gemeinderat

Beilage:
Mitbericht Fachstelle Prävention